

RATHAUSREPORT

Was ist gut für den Einzelhandel in Babelsberg?

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan SAN B-06 (Babelsberg) ist auf Antrag der LINKEN Geschichte. Der Bebauungsplan sah auf dem Karree zwischen Rudolf-Breitscheid-, Karl-Liebnecht-, Daimler- und Voltastraße einen großflächigen Einkaufsmarkt vor, der unter der Bevölkerung und vor allem bei den Einzelhändlern Babelsbergs sehr umstritten ist.



Eine schnelle Lösung für das Zentrum Babelsbergs ist in Sicht. Die Sparkasse möchte hier wieder einziehen.

Im September solle das Einzelhandelskonzept der Landeshauptstadt auf seine Aktualität überprüft werden, hatte Oberbürgermeister Jann Jakobs bereits in seinen Mitteilungen zu Beginn der 19. Sitzung der Stadtverordneten vorgeschlagen. Dem begegnete der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg schon dort mit der Feststellung, Jakobs trete angesichts des Antrages der LINKEN nun wohl „die Flucht nach vorn“ an. Ein Antrag von Jakobs, diese Diskussion bis September zurückzustellen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Dagegen besteht Handlungsbedarf, denn es gibt durch den Kauf des Sparkassengebäudes – schon immer ein dominierendes Bauwerk in diesem Viertel, in das die Sparkasse auch wieder einziehen möchte – durch einen Investor eine Planung, die das Quartier relativ schnell beleben, das Zentrum Babelsbergs aufwerten und dem vorhandenen Raum mit Sparkasse, Wohnungen und begrenztem Gewerbe gerecht werden könnte. „Eine kleinteilige, lebendige Nutzungsmischung an diesem Ort wäre wünschenswert zur Abrundung des Babelsberger Zentrums“, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Es gehe nicht darum, Feindbilder aufzubauen und Einkaufszentren

und innerstädtischen Handel gegeneinander auszuspielen. Die LINKE setze sich genauso für die innerstädtischen Händler, wie auch für Einkaufszentren (Aufhebung der Sortimentsbeschränkung im Bahnhofszentrum) ein, wenn es für die Entwicklung der Stadt sinnvoll ist.

Rolf Kutzmutz appellierte, den Stopp der Planungen zu beschließen. Er habe an allen Beratungen mit Bürgern und Gewerbetreibenden teilgenommen und die unterschiedlichen Argumente mehrfach im Bauausschuss gehört. Eine großflächige Handelseinrichtung dort würde kein neuer Anziehungspunkt und schon gar nicht einer, der Babelsberg aufwerten würde. Schließlich würden angedachte Geschäfte auf den Innenhof verbannt und es würde sich wiederholen, was beim Weberpark längst passiert ist. „Handel muss man sehen, um hingehen zu können.“

Bedarf an Gewerbeflächen gebe es ohnehin nicht, ergänzte Brigitte Oldenburg. Der Weberpark und viele leerstehende Geschäfte seien jetzt schon deutliches Zeichen dafür.

Die Mehrheit der Stadtverordneten beschloss, den Aufstellungsbeschluss aufzuheben und damit dem begrenzten Projekt die Tür zu öffnen.

Mit auf den Weg ...

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder einmal haben die Stadtverordneten ihr Pensum nicht geschafft. Nur ein Drittel der 90 Punkte umfassenden Tagesordnung konnte am Mittwoch bewältigt werden, so dass ein

Nachsitzen am Montag erforderlich war, um den umfangreichen Rest abzuarbeiten. Dazu trug dieses Mal nicht nur der im Herbst vergangenen Jahres von 13.00 auf 15.00 Uhr veränderte Beginn der Sitzung bei, sondern auch der vom Vorsitzen-



den gegen Lutz Boede ausgesprochene Saalverweis. Der Geschäftsführer der Gruppe DIE ANDERE wurde nach einer einstündigen Zwangspause von zwei herbeigerufenen Polizeibeamten aus dem Plenarsaal geführt. Das ist ein bisher beispielloser Vorgang, der auch einmalig bleiben sollte. Es wäre nicht zu dieser Eskalation gekommen, wenn sich Lutz Boede zurückgehalten hätte. Zwischenrufe aus dem Zuschauerraum sind nun mal nicht zulässig. Aber auch der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung wäre gut beraten gewesen, wenn er eine solche Zuspitzung vermieden und deeskalierend gewirkt hätte. Jetzt bleibt unterm Strich nur, dass die Stadtverordnetenversammlung negative Schlagzeilen gemacht hat, die verzichtbar waren. Dazu hat nicht zuletzt die Tatsache beigetragen, dass sich der Oberbürgermeister offensichtlich immer öfter aus sucht, welche Fragen der Stadtverordneten er beantwortet und welche nicht. Das widerspricht dem Anspruch einer möglichst hohen Transparenz des Verwaltungshandelns. Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten: Mit dem Neubau des Gebäudes für die Weisse Flotte, mit der Sanierung des Sportplatzes in der Hans-Sachs-Straße oder mit der Aufhebung der Sortimentsbeschränkung in den Bahnhofspassagen können endlich Anliegen bewegt werden, für die sich DIE LINKE seit langem einsetzt. Der bevorstehende Wahlkampf bewirkt wahre Wunder.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Was für ein Tollhaus!

Da wird der Geschäftsführer der Gruppe Die Andere in der SVV von der Polizei abgeführt, weil er mit Zwischenrufen die brisante Diskussion über das Verhalten des Oberbürgermeisters störte und den Raum nicht freiwillig verlassen wollte. Kurz darauf öffnet sich die Saaltür, und ein Herr im Roko-Kostüm betritt gemessenen Schrittes



den Plenarsaal. Zufall oder eher symptomatisch für die SVV?

Ich habe zunehmend Schwierigkeiten, mich sachlich angemessen in dieser Stadtverordnetenversammlung zu verhalten! Dabei leistet gerade unsere Fraktion eine inhaltlich wertvolle, von großer Sachkompetenz getragene Arbeit. Im Bereich Bildung haben wir uns entscheidend in kritische Problemfelder eingeschaltet und für die Potsdamer Schulen Einiges bewirkt – allerdings oftmals von den öffentlichen Medien wissentlich übersehen. Anträge, wie endlich die Sanierung der Pierre-de-Coubertin-Oberschule voranzubringen, für die Peter-Josef-Lenné-Gesamtschule die Eigenmittel der Landeshauptstadt zu bewilligen, um den Ganztags zu realisieren, zu Bau- und Sanierungsarbeiten des Campus Haeckelstraße und der Grundschule am Griebnitzsee, zur Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße, zur Anschub- und Projektfinanzierung für Schulbibliotheken.

Ganz aktuell: Nach zwei abgelehnten Anträgen unserer Fraktion, die aus unserer Sicht falsche Entscheidung zur Schließung der Goethe-Gesamtschule zu überprüfen, weil in Potsdam ein großer Bedarf an Gesamtschulplätzen besteht, musste die Verwaltung am 2.6. per Eilentscheidung die Aufnahme von drei 7. Klassen an der Goethe-Gesamtschule bestätigen lassen. 80 Schüler mit dem Wunsch, eine Gesamtschule zu besuchen, hatten noch keinen Schulplatz! Uns gelang es mit einem Ergänzungsbeschluss, zur Fortführung der gymnasialen Oberstufe mit 11. Klassen ab 2011/12 von der Verwaltung zum September eine Beschlussvorlage zu erzwingen, damit die Schüler der Goethe-Gesamtschule ihre Schullaufbahn am Schulstandort abschließen können.

Der Einsatz lohnt sich also doch!

Hella Drohla
Bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

Sortimentsbeschränkung in Bahnhofspassagen aufheben

Die seit zehn Jahren geltende Sortimentsbeschränkung in den Bahnhofspassagen sei nicht mehr zeitgemäß, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN. Der Bahnhof ist das Eingangstor zur Stadt, es sei ein schlechtes Zeichen, wenn Gäste der Stadt und Potsdamer dort von leeren Geschäften begrüßt werden. Ziel müsse sein, mehr Kaufkraft in der Stadt zu binden. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen zur gemeinsamen Behandlung mit der Überarbeitung des Einzelhandelskonzeptes im September.

Umfrage in Drewitz

Der Antrag der LINKEN, noch vor der Sommerpause in Drewitz eine Umfrage durchzuführen, um zu erfahren, wie sich die Mehrheit der Anwohner eine neue Verkehrsführung in der Gartenstadt vorstellt, wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen. Trotz der aktuellen Kritik beim 1. Gartenstadtfest in Drewitz an den Planungen, die Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg anführte, sah die Mehrheit nicht die Notwendigkeit, die Drewitzer umgehend zu befragen und verzögerte die Realisierung mit einer Beratung im Bauausschuss. Ein Ergänzungsantrag, zu einem SPD-Antrag, den Jana Schulze für Die LINKE einbrachte, vor der Überarbeitung des Konzeptes für den „Konrad-Wolf-Park“ eine Bürgerbefragung durchzuführen, wurde abgelehnt.

Internetplattform für Dialog

In den Hauptausschuss wurde ein Vorschlag der LINKEN überwiesen, eine Internetplattform einzurichten, auf der Einwohner in di-

rekten Dialog mit dem OB und der Verwaltungsspitze treten können. Peter Kaminski verwies auf die Beispiele der Landesregierung und der Partnerstadt Bonn.

Begrünung Breite Straße

Ralf Jäkel begründete den Antrag der LINKEN, den Mittelstreifen der Breiten Straße zu begrünen. Die Entsiegelung und Ausstattung mit Grün soll im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen behandelt werden.

Radweg Drewitzer Straße

Einen Radweg, wenn auch nur als Markierung, in der Drewitzer Straße einzurichten, solle noch auf dieses Jahr vorgezogen werden, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg einen Antrag der LINKEN.

Die Dringlichkeit wegen des hohen LKW-Verkehrs wurde von den Stadtverordneten nicht gesehen. Sie verschoben den Antrag in den Bauausschuss gemeinsam mit dem SPD-Antrag zur Überprüfung des Radverkehrskonzeptes.

Potenzialanalyse Einzelhandel

Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen soll der Antrag der LINKEN behandelt werden, der die vierteljährlichen Analysen des Einzelhandels in der Innenstadt und in Babelsberg im Zusammenhang mit dem Einzelhandelskonzept zusammenfasst. Die Bedingungen hätten sich seit dem Beschluss des Einzelhandelskonzeptes wesentlich verändert, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Der Antrag soll im September gemeinsam mit der Bilanz des Einzelhandelsgutachtens im Ausschuss beraten werden.

Erledigt

Zentrale Kitaerfassung

Durch Verwaltungshandeln als erledigt betrachtet die Mehrheit der Stadtverordneten den Antrag der LINKEN, eine zentrale Kitaerfassung einzurichten. Die zuständige Beigeordnete Elona Müller hatte informiert, dass die Verwaltung ohnehin verpflichtet sei, dieses Angebot über die verfügbaren Kitaplätze für die Eltern auf Kitaplatzsuche bereit zu stellen.

Der nachdrücklichen Forderung, diesen dringenden Service für die Eltern auch mit einem Beschluss der Stadtverordneten zu versehen, folgte die Mehrheit nicht und sah das Problem als erledigt an.

Abgelehnt

Wohnen als höchste Priorität

Mit dem überdurchschnittlichen Anwachsen der Einwohnerzahl Potsdams werde die Dringlichkeit immer deutlicher, das Wohnen in der Landeshauptstadt mit höchster Priorität zu versehen. Dazu sollte erstens ein Gremium eingerichtet werden, das sich kontinuierlich mit der Umsetzung beschäftigt, und zweitens alle Genehmigungsverfahren zum Bau und zur Sanierung von Wohnungen Vorrang erhalten.

Mit Verweis auf bereits genügende Aufmerksamkeit der Verwaltung und dem Zweifel an der Wirksamkeit eines diesbezüglichen Gremiums wurde der Antrag abgelehnt.

Klimaanlage Potsdam-Museum

Dr. Karin Schröter fragte angesichts von Verunsicherungen nach, wie die Klimatisierung des Potsdam-Museums im Alten Rathaus gesichert sei.

Kulturbeigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski gab Auskunft über die Informationen, die sie aktuell vom Kommunalen Immobilienservice (KIS) bekommen hat. Demnach werde im Erdgeschoss eine feste Klimaanlage eingebaut, in den zwei Etagen darüber sind mobile Klimageräte vorgesehen. Das sei billiger, als dort auch stationäre Anlagen einzubauen. Insgesamt seien dafür 150.000 Euro veranschlagt. Auf die Nachfrage, ob die mobilen Geräte auch ausreichten, wenn zum Beispiel Sonderausstellungen besondere Anforderungen an Luftfeuchtigkeit und Temperatur verlangten, versicherte Dr. Magdowski, dass sie für die erforderliche Klimatisierung ausgelegt sind.

Auszahlung Schulsozialfonds

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte Bürgeranfragen an die Verwaltung weiter gegeben, dass Potsdamer Schulen bisher keine Mittel aus dem Schulsozialfonds erhalten hätten.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass die 97.905 Euro Zuwendungen aus dem Sozialfonds für die Stadt Potsdam erst Ende März zur Verfügung gestellt worden sind. Daraufhin seien derzeit mit 14 Schulen die Gespräche über ihren Bedarf geführt worden. An fünf Schulen wurde das Geld bereits überwiesen.

In Potsdam seien 1070 Schülerinnen und Schüler bedarfsberechtigt. Jedem von ihnen stünden 91,50 Euro zu.

Straßen-Reinigungspflicht

Für den Baubeigeordneten Matthias Klipp war die Frage von Ralf Jäkel Anlass, die Verantwortlichkeit für den öffentlichen Gehweg auf der westlichen Seite der Straße Am Alten Mörtelwerk im Ortsteil Eiche festzustellen.

Dieser Weg sei des Öfteren in der Kritik, weil die Streu- und Reinigungspflichten unzureichend wahrgenommen werden. Dabei handele es sich um einen wichtigen Teil des Schulweges der Grundschüler.

Matthias Klipp informierte, dass der unbefestigte Teil des Weges in Privatbesitz sei. Er nehme die Kritik zur Kenntnis und werde die Wahrnehmung der Pflichten kontrollieren.

Zustand Maulbeerallee

Als aussichtslos bezeichnete Matthias Klipp die Vorstellungen von Ralf Jäkel, eine Änderung des Zustandes der Maulbeerallee vorzunehmen. Ralf Jäkel wollte wissen, ob eine Zwischenlösung für den gepflasterten Teil der Maulbeerallee möglich sei. Klipp verneinte den Vorschlag, Asphalt auf das Pflaster zu bringen. Den gepflasterten Teil bezeichnete er als „wilhelminischen Abschnitt“ im direkten Zusammenhang mit dem Denkmal und Welterbe des Schlossensembles. Dort könne nur ein „grundhafter Ausbau“ der Fahrbahn Abhilfe schaffen. Das sei dann eine investive Maßnahme, für die auf absehbare Zeit „kein Handlungsspielraum“ existiere. Ansonsten sei es an den Stadtverordneten, die Prioritäten neu festzulegen. Die einzige Möglichkeit sei zur Zeit die Tempobegrenzung, die bereits seit langem ausgesprochen ist.

SAGO-Gelände

Wie ist der Stand der Entwicklung des ehemaligen SAGO-Geländes, wollte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wissen.

Der Baubeigeordnete Matthias Klipp verwies auf den B-Plan 32 von 2007 für das 30 Hektar große Gelände an der Michendorfer Chaussee. Es sei eine „Vorhaltefläche für Gewerbe“, auf die es bis jetzt

keine Resonanz gebe. Die Verwaltung prüfe gegenwärtig, wie mit dem Gelände weiter umgegangen werden soll. Im September werde er eine Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung einbringen. Auf Nachfrage von Dr. Scharfenberg, warum diese Fläche im neuen Stadtentwicklungs-Gewerbekonzept nicht enthalten sei, versicherte Klipp zu prüfen, aus welchen Gründen diese Fläche nicht im Konzept enthalten ist.

Sanierung Schulen und Kitas

Eine wörtliche Niederschrift verlangte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg zur Antwort auf die Frage nach der Schul- und Kitasanierung. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN hatte gefragt, wie hoch der finanzielle Aufwand für die Sanierungen in Schulen und Kitas bis 2014 werde, denn dann sollen gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung alle Schulen und Kitas in Potsdam saniert sein. Bis 2013 seien 120 Millionen Euro für die Sanierung geplant, teilte Finanzbeigeordneter Burkhard Exner mit. Gegenwärtig werde der Bedarf für den Haushalt 2011 ermittelt. Über den Gesamtbedarf konnte er trotz mehrfacher Nachfragen keine Aussagen treffen. Auch die interne Vermutung von Dr. Scharfenberg, es bliebe nach 2013 noch für rund 60 Millionen Euro Sanierungsbedarf, wollte Exner nicht bestätigen.

Sicherheit gefordert für Abitur an Goethe-Gesamtschule

Nur für das Schuljahr 2010/11 sollte eine vom Fachbereich Schule und Sport anberaumte Eilentscheidung der Stadtverordneten gelten, der Errichtung von drei Klassen an der Goethe-Gesamtschule die Zustimmung zu erteilen.

Das sei allerdings zu kurz gedacht, begründete Hella Drohla einen Ergänzungsantrag der LINKEN, der den Beschluss dahingehend aufweitet, dass der Stadtverordnetenversammlung im September eine Vorlage zur Fortführung der gymnasialen Oberstufe (Sek. II) an der Goethe-Gesamtschule mit 11. Klassen ab dem Schuljahr 2011/12 vorzulegen ist.

„Die Eltern brauchen vor ihrer Wahlentscheidung die Sicherheit, dass ihr Kind in dieser Einrichtung auch das Abitur ablegen kann“, begründete Hella Drohla den Ergänzungsantrag der LINKEN. 610 Unterschriften von Schülern, Eltern und

anderen Babelsbergern untermauerten diese Forderung. Der Ausschuss für Bildung und Sport hat die Wiederaufnahme von 7. Klassen und die Fortführung der gymnasialen Oberstufe ab Schuljahr 2011/12 an der Goethe-Gesamtschule ebenfalls gefordert.

„Egal, für welche Schulform sich die Eltern entscheiden, die Eltern brauchen zunächst die Sicherheit, dass in Babelsberg eine gymnasiale Oberstufe angeboten wird“, betonte Hella Drohla mit Verweis auf die durch die Verwaltung verursachten Irritationen während des Anwahlverfahrens.

Zu überdenken wäre im nächsten Schritt ebenfalls, wie die Stadt darauf reagiere, dass es eine weit überwiegende Anzahl von Anmeldungen für eine Abiturstufe an der Gesamtschule in Babelsberg, aber verschwindend geringe Anmeldungen für ein Gymnasium gebe.

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn 18 Uhr
14.; 21. und 28. Juni;

Sommerpause vom 08. Juli bis 13. August
16.; 23. und 30. August; 06. und 13. September

21. Sommerfest DIE LINKE Potsdam

21. August; 14 Uhr, Lustgarten

20. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal

01. September 2010, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“ Ort wird aktuell bekannt gegeben

05. September 2010, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 6/2010 Stadthaus, Raum 3.107

10. bis 15. September 2010 (außer Sa./So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:**10. September 2010**

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern

15:00 Uhr Rathaus Babelsberg

15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center /
Drewitz

16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße
Waldstadt II

11. September 2010

10:00 Uhr Markt-Center / Breite Straße

10:00 Uhr Weberplatz Babelsberg

10:00 Uhr REWE-Markt

Zentrum Ost

10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-
Platz/Am Schlaatz

10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

**Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL,
am 17. Juni 2010, von 17 – 18 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39
(Bürgerhaus Stern*Zeichen)**

Voranmeldungen sind möglich unter:

Tel.: 0331/600 50 69;

Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Anbau an die Stadteilschule Drewitz wird geprüft

Mehrheitlich beschlossen wurde ein Antrag der LINKEN, dass für die Stadteilschule Drewitz ein zusätzliches Raumangebot (insbesondere ist ein Anbau zu prüfen) geschaffen werden soll, das u.a. kulturelle Angebote für Schüler und andere Einwohner des Stadtteils ermöglicht. .

Dauerausstellung für Haus „Im Guldernen Arm“

Das Haus „Im Guldernen Arm“ – ein Kleinod Potsdams – müsse einer dauerhaften Nutzung zugeführt werden. So die Absicht der LINKEN. Nach dem Scheitern der Bollhagen-Ausstellung in diesem Haus muss die Verwaltung nach mehrheitlichem Beschluss der Stadtverordneten nun bis zum Dezember 2010 prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen das Haus für eine kulturelle Betreibung geeignet ist.

Sanierung Sportplatz Hans-Sachs-Straße

Einem Antrag der LINKEN folgte die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung: Alle Möglichkeiten seien auszuschöpfen, um den gemeinsamen Sportplatz der Gerhart-Hauptmann-Grundschule und der Käthe-Kollwitz-Oberschule zu sanieren und die dringend benötigten Sanieranlagen zu errichten.

Lärmschutz an der Nutheschnellstraße

Nun endlich ist der Widerstand überwunden, dass der Lärmschutz an der Nutheschnellstraße auch als städtische Verantwortung den Anwohnern gegenüber begriffen wird.

Nach mehrheitlich beschlossenenem Antrag der LINKEN wird der Oberbürgermeister aufgefordert, „die vom Landesstraßenbetrieb geäußerte Bereitschaft aufzugreifen und gemeinsam nach einer machbaren Lösung für den Lärmschutz an der Nutheschnellstraße zu suchen“. Über das Ergebnis ist in der September-Sitzung zu informieren.

Hans-Jürgen Scharfenberg begründete noch einmal diesen Antrag. Es sei lächerlich, über die Unterschreitung der Grenzwerte um 3 dB zu streiten und wies darauf hin, dass die Zufahrten zur Schnellstraße, die in Verantwortung der Stadt liegen, darin inbegriffen sein müssen.

Ergänzung zu Grundschulstandorten

Den Antrag der Rathauskoalition, die Sanierung der Grundschulen Am Griebnitzsee und Eisenhart im laufenden Schulbetrieb vorzunehmen, zeitweilige Ausweichmöglichkeiten für den Schulbetrieb in der Nähe zu finden oder Container aufzustellen und die Standorte zu erhalten, ergänzte die Fraktion der LINKEN.

Ihr Zusatz, der in den Beschluss aufgenommen wurde: Die bestehenden Standorte der Grundschulen ... seien „als Grundschulstandorte **in kommunaler Trägerschaft uneingeschränkt** zu erhalten“.



Am 21. August ab 14 Uhr steigt im Lustgarten das traditionelle Sommerfest der Potsdamer LINKEN.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19